

Große Kreisstadt Schramberg
Herrn Bent Liebrich
Berneckstraße 9
78713 Schramberg

Fachbereich Recht und Sicherheit
Abteilung Baurecht und
Bauverwaltung
Baurechtsbehörde

Berneckstraße 9
78713 Schramberg

Tel.: 07422 / 29 288
Mail: baurecht@schramberg.de

22.05.2026

BAUGENEHMIGUNG

Ausfertigung für Bauherrin

ViBa Vorgangskennung:

V20250731140959-0000000048

Antragsverzeichnis-Nummer.:

BGV-0060-2025

Bauherrschaft:

Große Kreisstadt Schramberg, Bent Liebrich,
Berneckstraße 9, 78713 Schramberg

Bauantragsgegenstand:

Neubau Sport- und Festhalle

Baugrundstück:

Flst.-Nr/n. 388, 498, Am Dorfweiher 1, Schramberg-Tennenbronn

Entwurfsverfasser:

Gerhard Bosch, Vogelrainstraße 25, 70199 Stuttgart

Bauleiter:

Sehr geehrter Herr Liebrich,

auf Ihren Antrag vom 31.07.2025 / 03.12.2025, wird für das oben genannte Bauvorhaben gemäß § 58 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) die Baugenehmigung erteilt.

BANKVERBINDUNGEN

Kreissparkasse Rottweil
IBAN: DE93 6425 0040 0000 5000 98
BIC: SOLADES1RWL

Volksbank Schwarzwald-Donau-Neckar eG
IBAN: DE84 6439 0130 0621 0850 06
BIC: GENODES1TUT

Raiba Aichhalden-Hardt-Sulgen
IBAN: DE08 6006 9553 0064 0000 01
BIC: GENODES1HAR

Commerzbank AG Stuttgart
IBAN: DE22 6928 0035 0810 0810 00
BIC: DRESDEFF692

Volksbank eG – Die Gestalterbank (VS)
IBAN: DE97 6649 0000 0038 5301 19
BIC: GENODE61OG1

ÖFFNUNGSZEITEN

Mo. 8:30-11:30 u. 14:00-16:00 Uhr
Di. 8:30-11:30 u. 14:00-16:00 Uhr
Mi. 8:30-12:30 u. 14:00-16:00 Uhr
Do. 8:30-11:30 u. 14:00-17:30 Uhr
Fr. 8:30-11:30 Uhr

Folgende Abweichungen, Ausnahmen, Befreiungen werden gewährt:

- Abweichungen gem. § 56 Abs. 1 LBO:
 - Abstand Fahrradbügel
 - Brandschutz
 - Treppenanlage
- Befreiung gem. § 31 Abs. 2 BauGB:
 - Überschreitung Stellplatzfläche mit Behindertenstellplatz
- Befreiung von der Photovoltaikpflichtverordnung wegen wirtschaftlicher Unzumutbarkeit gem. § 23 Abs. 3 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg und § 7 Photovoltaik-Pflicht-Verordnung

Aufgrund von § 10 Landesgebührengesetz für Baden- Württemberg besteht Gebührenfreiheit.

Bestandteile dieser Entscheidung sind:

1. mit Genehmigungsvermerk versehene Bauvorlagen, u.a.:
 - Baubeschreibung vom 31.07.2025
 - Lageplan vom 20.10.2025
 - Bauzeichnungen vom 02.06.2025
2. die beigefügten Nebenbestimmungen und Hinweise
3. die als Anlage beigefügte brandschutztechnische Stellungnahme vom Sachverständigenbüro für Brandschutz PIRMIN JUNG Deutschland GmbH, vertreten durch Herrn Fabian Theisen (M.Eng.) und Herrn Sebastian Dienst (M.Eng.) vom 02.06.2025
4. die als Anlage beigefügte schalltechnische Untersuchung des Sachverständigenbüros Fichtner Water & Transportation, vertreten durch Herrn Alexander Colloseus und Dr. Markus Weise vom 17.12.2024
5. die als Anlage beigefügte Baulast-Übernahmeerklärung vom 19.01.2026

RECHTSMITTELBELEHRUNG:

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Freiburg, mit Sitz in Freiburg im Breisgau, erhoben werden.

Verteiler Gesamtentscheidung:

- ✓ Bauakte
- ✓ Einreichende Person „ViBA BW“

Bauantrag
im Baugenehmigungsverfahren
BGV-0060-2025
genehmigt am 22.05.2026
durch die Baurechtsbehörde Schramberg

Verteiler Nachricht über die Erteilung einer Baugenehmigung:

- ✓ Finanzamt
- ✓ Staatliches Vermessungsamt
- ✓ Bauberufsgenossenschaft

BEURTEILUNGSGRUNDLAGEN, NEBENBESTIMMUNGEN UND HINWEISE:

I. Beurteilungsgrundlagen / Vorbemerkungen

Das Bauvorhaben ist gemäß § 38 Abs. 2 Nr. 7 (Versammlungsstätte) LBO eine bauliche Anlage besonderer Art oder Nutzung, für die höhere Anforderungen gestellt, aber auch Erleichterungen zugelassen werden können.

Soweit die Vorschriften der LBO zur Verhinderung oder Beseitigung von Gefahren sowie erheblichen Nachteilen oder Belästigungen nicht ausreichen, können für bauliche Anlagen oder Räume besonderer Art oder Nutzung besondere Anforderungen im Einzelfall gestellt werden (§ 38 Abs. 1 LBO).

Höhere Anforderungen können auch dann gestellt werden, wenn sie z. B. durch Sonderbauvorschriften oder technische Regeln erforderlich sind oder eine Gefahr für Leib und Leben besteht.

Erleichterungen können zugelassen werden, wenn durch geeignete Kompensationsmaßnahmen die baurechtlichen Forderungen erfüllt werden und wegen des Brandschutzes keine Bedenken bestehen.

Zur Entscheidungshilfe hinsichtlich des baulichen Brandschutzes wurde das vom Bauherrn in Auftrag gegebene und vom **Sachverständigenbüro für Brandschutz PIRMIN JUNG**, vertreten durch Herrn Fabian Theisen (M.Eng.) und Herrn Sebastian Dienst (M.Eng.), erstellte objektbezogene Brandkonzept mit Stand vom 02.06.2025 herangezogen.

Das Brandkonzept vom 02.06.2025, die beigefügten Brandschutzpläne vom 02.06.2025 sind Bestandteil dieser Baugenehmigung.

Auf die Einstufungs- und Maßnahmen-Aufstellung in Abschnitt 6.3 i.V. mit den Abschnitten 7 -9 , und die abschließende Beurteilung in Abschnitt 11 des Brandschutzkonzepts als Bestandteil dieser Baugenehmigung wird verwiesen.

Dem Sachverständigen für Brandschutz wird grundsätzlich entsprechende Fach- und Sachkenntnis unterstellt. Insbesondere wird dieses spezielle Sachverständnis bei der Ermittlung der generellen notwendigen Feuerwiderstandsdauer der tragenden und aussteifenden Bauteile, bei der Beurteilung der Ausführung des Tragwerkes sowie bei der Berechnung der erforderlichen Rauch- und Wärmeabzugsgrößen vorausgesetzt.

Auf die dem Brandschutzgutachten beiliegenden Brandschutzpläne wird verwiesen. Die Inhalte sind bei der Umsetzung und Nutzung des Bauvorhabens zu beachten und einzuhalten.

Sofern in dieser Entscheidung andere brandschutztechnische Anforderungen an die bauliche Anlage festgelegt werden, ersetzen diese die im Brandschutzkonzept genannten Anforderungen.

Falls von den bewerteten Grundlagen abgewichen wird oder andere Nutzungen vorgesehen werden, bedarf dies ebenso einer neuen baurechtlichen und brandschutztechnischen Beurteilung und Begutachtung. Auch die Änderung der brandschutztechnischen Infrastruktur erfordert eine Überprüfung des Brandschutzkonzepts. Ergeben sich daraus andere Anforderungen, so bedarf dies der Genehmigung einer Nutzungsänderung durch die Baurechtsbehörde.

Um zu gewährleisten, dass die Auflagen des brandschutztechnischen Gutachtens sowie die weiteren brandschutztechnischen Auflagen bei der Bauausführung umgesetzt und berücksichtigt werden, wird die Beauftragung eines „Fachbauleiters für Brandschutz“ empfohlen, der die Ausführung im Sinne des Brandschutznachweises und der Baugenehmigung zu überwachen hat. Der Baurechtsbehörde ist zur Schlussabnahme bzw. zu den erforderlichen Teilabnahmen der entsprechende Überwachungsbericht vorzulegen und schriftlich zu bestätigen, dass die brandschutztechnischen Vorgaben bei der Errichtung des Bauvorhabens eingehalten wurden (vgl. Abschnitt „*Zur Schlussabnahme ist der Baurechtsbehörde vorzulegen*“).

Den in Abschnitt 10 (Seite 38f) beantragten Abweichungen von

- Abs. 5 VWV Feuerwehrflächen → Reduzierung der Breite der Aufstellfläche auf 6,0 m
- § 3 Abs. 3 VStättVO → Anordnung der Trennwände
- § 27 c Abs. 2 Nr. 2 LBO → Anforderung Innere Brandwand
- § 9 Abs. 2 VStättVO → Türqualitäten
- § 9 Abs. 3 VStättVO → Aufschlagrichtung Fluchttüren
- § 5 Abs. 1 VStättVO → Qualität Dämmstoffe
- § 5 Abs. 4 VStättVO → Qualität Wandbekleidung Foyer
- § 19 Abs. 4 VStättVO → automatische Löschanlage Foyer

wird unter der Umsetzung der nachfolgend dargestellten Kompensationsmaßnahmen

- Brandwarnanlage nach DIN VDE 0826-2 und DIN EN 54 (siehe hierzu auch Auflagen Kreisbrandmeister)
- Nutzerverhalten wird durch Brandschutzordnung geregelt.
- Herstellung von feuerhemmenden Trennwänden und Decken.
- Rettungswegführung Halle mit 2 Rettungswegen direkt ins Freie.
- Außenwand in F – 30 B gem. DIN 4102-4.
- Sichtverbindung ins Foyer
- Weitere Fluchtmöglichkeiten (3 Stück)

zugestimmt.

Entsprechend § 39 Abs. 2 Nr. 4 (Versammlungsstätte) LBO ist das Bauvorhaben als **barrierefreie Anlage** zu errichten. Auf DIN 18040 Teil 1 und Teil 3 wird verwiesen.

Für die **Beurteilung der planungsrechtlichen Zulässigkeit** wird neben dem Entwurf des Bebauungsplans „Sport- und Festhalle Tennenbronn“ mit Satzungsbeschluss vom 05.06.2025 auch die **Schalltechnische Untersuchung** des Sachverständigenbüros Fichtner Water & Transportation GmbH vertreten durch Herrn Alexander Colloseus und Dr. Markus Weise vom 17.12.2024 herangezogen.

Dem Sachverständigen wird grundsätzlich entsprechende Fach- und Sachkenntnis unterstellt. Insbesondere wird dieses spezielle Sachverständnis bei der Ermittlung der

Beurteilungsgrundlagen sowie der einzuhaltenden Schallschutzgrenzen und der anzusetzenden Emissionen vorausgesetzt.

Die „Schalltechnische Untersuchung“ vom 17.012.2024 sowie die beigegeführten Unterlagen sind Bestandteil der Genehmigung.

Auf die Beurteilungsgrundlagen (siehe Abschnitt 2.2, 3.2, 4.2, 5.2 und 6.2) i.V. mit Abschnitt 7 und der abschließenden Beurteilung in Abschnitt 8 der Schalltechnischen Untersuchung. Hier sind die die Hinweise entsprechend zu beachten. Insbesondere die als Sonderfälle im Einzelfall beurteilten Veranstaltungen mit Einstufung Freizeitlärm.

II. NEBENBESTIMMUNGEN:

01. Die Baugenehmigung wird ohne Baufreigabe erteilt. Für die Erteilung des Baufreigabescheins sind folgende Nachweise erforderlich:
 - a) Bauleitererklärung
 - b) Unterzeichnete Baulast-Übernahmeerklärungen hinsichtlich HQ 100 Fläche und der Fahrradstellplätze
 - c) Für das gesamte Bauvorhaben ist folgender bautechnische Nachweis erforderlich:
Standortsicherheitsnachweis unter Berücksichtigung der Anforderungen des Brandschutzes an tragende Bauteile
Die Prüfung der bautechnischen Nachweise erfolgt im digitalen Verfahren ELBA.
Das Ergebnis der Prüfung ist zu beachten.
02. Es ist gem. § 45 LBO ein geeigneter Bauleiter zu bestellen.
03. Gem. § 66 Abs. 1 LBO wird eine Bauüberwachung durchgeführt. Baubeginn und Baufertigstellung sind rechtzeitig dem Fachbereich Recht und Sicherheit mitzuteilen.
04. Gemäß § 67 Abs. 1 LBO wird für folgende Bauteile und Bauabschnitte
 - a) Rohbau
 - b) Baufertigstellungdie Bauabnahme angeordnet. Baubeginn, Abschluss der Rohbauarbeiten und Baufertigstellung sind rechtzeitig dem Fachbereich Recht und Sicherheit mitzuteilen.
05. Zur Schlussabnahme sind der Baurechtsbehörde spätestens vier Wochen vor dem geplanten Abnahmetermin vorzulegen:
 - a) Nachweise über Abnahmen der brandschutztechnischen Infrastruktur, wie z. B. der Brandwarnmeldeanlage und Blitzschutzanlage.
 - b) Entwurf Brandschutzordnung Teil A, B und C gemäß DIN 14096. Für die Beschäftigten ist eine Anweisung über das Verhalten im Gefahrenfall herauszugeben (Brandschutzordnung Teil B). Als Grundlage ist die DIN 14096 Teil 2 zu verwenden. Die Personen sind über die Handhabung der Feuerlöschgeräte und über die Sicherheitsvorschriften zu unterweisen. Sofern bestimmten Beschäftigten besondere Aufgaben zugeordnet werden sollen, sind die Namen dieser Personen sowie die Aufgaben in der Brandschutzordnung Teil C festzulegen. Bei einem Personalwechsel ist die Brandschutzordnung entsprechend anzupassen.
 - c) Entwurf Flucht- und Rettungswegepläne nach DIN ISO 23601.

- d) Abnahmebescheinigung Notstromversorgung / Sicherheitsbeleuchtung
- e) Prüfzeugnisse von Türen mit Feuerwiderstand
- f) Entwurf Feuerwehrplan nach DIN 14095
- g) Entwurf Benutzungsordnung
- h) Der Bauleiter hat der Baurechtsbehörde zur Schlussabnahme die Konformitätserklärung vorzulegen.
- i) Abnahmebescheinigungen geordnet

III. NEBENBESTIMMUNGEN EXTERNER STELLEN UND BEHÖRDEN:

- 06. Landratsamt Rottweil – Gesundheitsamt (Anlage 1).
- 07. Landratsamt Rottweil – Veterinär- und Verbraucherschutzamt (Anlage 2)
- 08. Landratsamt Rottweil – Umweltschutzamt (Anlage 3)
- 09. Landratsamt Rottweil – Behindertenbeauftragter (Anlage 4)
- 10. Landratsamt Rottweil – Bau-, Naturschutz- und Gewerbeaufsichtsamt - Sachgebiet Gewerbeaufsicht (Anlage 5)
- 11. Landratsamt Rottweil – Ordnungsamt Kreisbrandmeisterstelle (Anlage 6)
- 12. Unfallkasse Baden-Württemberg:
Zu den vorliegenden Plänen können aufgrund des großen Maßstabes nur wenige konkrete Hinweise gegeben werden, da Detailangaben wie z.B. Glasqualität, Geländehöhen, Fußböden usw. noch nicht verzeichnet sind. In der Werkplanung ist eine Kontaktaufnahme durch den Entwurfsverfasser mit der Unfallkasse aufzunehmen. In dieser Phase ist es dann sinnvoll, zu den Anforderungen aus der Unfallverhütungsvorschrift "Schulen" bzw. der DIN 18032 zu beraten.
- 13. Firma EGT Energie GmbH (Anlage 7)
- 14. Stadtwerke Schramberg GmbH & Co. KG (Anlage 8)

IV. HINWEISE:

- 15. Mit der Ausführung der Arbeiten sind nur sachkundige Unternehmer zu beauftragen.
- 16. Die anerkannten Regeln der Technik und verbindlich eingeführten DIN-Normen sind bei der Bauausführung zu beachten.
- 17. Bei der Bauausführung und der Benutzung des Gebäudes sind die Vorschriften der Landesbauordnung (LBO) zu beachten und einzuhalten.
- 18. Die Vorschriften der entsprechenden Berufsgenossenschaft, insbesondere Arbeiten an und auf Dächern und Gerüsten, sind einzuhalten.

19. Der Baulärm ist auf das unabdingbar notwendige Maß zu begrenzen. Die VDI-Richtlinie 2058 – Beurteilung von Arbeitslärm in der Nachbarschaft – ist zu beachten.
20. Durch bauliche, technische und organisatorische Maßnahmen ist sicherzustellen, dass der „Beurteilungspegel“ von der Anlage mit allen Betriebseinrichtungen (einschließlich Kfz-Verkehr) usw. ausgehenden Geräusche im gesamten Einwirkungsbereich außerhalb der Grundstücksgrenzen in den jeweiligen Baugebieten im Sinne der Baunutzungsverordnung (BauNVO) die folgenden Immissionsrichtwerte nicht überschreitet:

	tags	nachts
Auf dem Baugrundstück	60 db (A)	45 db (A)
An der Grenze des Mischgebiets (MI)	60 db (A)	45 db (A)
An der Grenze des allg. Wohngebiets (WA)	55 db (A)	40 db (A)

Hierzu siehe auch Vorbemerkungen und Beurteilungskriterien, insbesondere die Schalltechnische Untersuchung des Sachverständigenbüros Fichtner Water & Transportation GmbH Schalltechnische Untersuchung.

21. Bei der Durchführung der Bauarbeiten sind die Unfallverhütungsvorschriften der Württ. Bauberufsgenossenschaft genau zu beachten und einzuhalten. Gerüste sind nach den Regeln der Technik einwandfrei aufzubauen, vorzuhalten und abzubauen. Sie müssen ausreichend tragfähig und so beschaffen sein, dass weder die dort Beschäftigten noch Dritte wesentlich belästigt oder behindert werden. Insbesondere beim Rückbau von Stützwänden, Masten und anderen höheren baulichen Anlagen ist während den Rückbauarbeiten auf die Standsicherheit der verbleibenden Bauteile zu achten. Gegebenenfalls ist ein geeigneter Tragwerksplaner hinzuzuziehen.
22. Das Lagern von Baustoffen und Geräten sowie das Aufstellen von Bauunterkünften auf der öffentlichen Verkehrsfläche ist nur mit Genehmigung des Fachbereiches Recht und Sicherheit der Stadt Schramberg, Tel: 07422 /29-246, gestattet. Die erforderlichen Abschränkungen und Beleuchtungen zur Sicherheit der Fußgänger und Fahrzeuge sind vom jeweiligen Unternehmer anzubringen.
23. Die baulichen Anlagen sind so herzustellen, dass sie von Personen von Menschen mit Behinderung oder alten Menschen zweckentsprechend ohne fremde Hilfe genutzt werden können (barrierefreie Anlagen).

Es wird auf die entsprechenden Technischen Bauvorschriften, insbesondere auf DIN 18040-1:2010-10 Barrierefreies Bauen – Planungsgrundlagen – Teil 1: Öffentlich zugängliche Gebäude und Teil 3 Öffentlicher Verkehrs- und Freiraum, verwiesen.
24. Bei der Bauausführung sind die am Bau Beteiligten (Bauherr, Entwurfsverfasser, Bauleiter und Unternehmer) im Rahmen ihres Wirkungskreises dafür verantwortlich, dass neben den allgemein anerkannten Regeln der Technik die öffentlich-rechtlichen Vorschriften und die auf Grund dieser Vorschriften erlassenen Anordnungen eingehalten werden (§ 41 LBO). Für die Einhaltung der Vorschriften und Anordnungen sind im Rahmen ihres Wirkungskreises Bauherr, Bauleiter, Unternehmer usw. verantwortlich; diese Verpflichtung wird durch diese Genehmigung und die amtliche Beaufsichtigung nicht berührt (§§ 42, 43, 44 und 45 LBO).
25. Die Prüfbescheinigungen der Sachkundigen dürfen nicht als Pauschalaussagen abgefasst sein. Aus den Bescheinigungen muss hervorgehen, an welcher Stelle welche Tür

bzw. Tor, mit welcher Zulassung eingebaut wurde; dies gilt sinngemäß auch für Brandabschottungsmaßnahmen im Bereich von qualifizierten Wänden und Decken sowie für prüfpflichtige Anlagen und Einrichtungen.

26. Auch nach Erteilung der Baugenehmigung können Anforderungen gestellt werden, um bei der Genehmigung nicht voraussehbare Gefahren sowie erhebliche Nachteile oder Belästigungen von der Allgemeinheit oder den Benutzern der baulichen Anlage abzuwenden (§ 58 Abs. 6 LBO).
27. Die Arbeitsschutzrichtlinie ist nicht Bestandteil der baurechtlichen Bewertung. Jedoch wird ausdrücklich auf die Arbeitsschutzrichtlinie ASR 2.3 Abs. 7 Nr. 5 verwiesen.

Bauleiter / Fachbauleiter:

28. Es wird empfohlen einen Fachbauleiter „Brandschutz“ im Sinne von § 45 LBO zu bestellen.
29. Der Bauleiter hat darüber zu wachen, dass die Bauausführung den öffentlich-rechtlichen Vorschriften und den Entwürfen des Entwurfsverfassers entspricht. Er hat im Rahmen dieser Aufgabe auf den sicheren bautechnischen Betrieb der Baustelle, insbesondere auf das gefahrlose Ineinandergreifen der Arbeiten der Unternehmer, zu achten; die Verantwortlichkeit der Unternehmer bleibt unberührt. Verstöße, denen nicht abgeholfen wird, hat er unverzüglich der Baurechtsbehörde mitzuteilen.

Hat der Bauleiter nicht für alle ihm obliegenden Aufgaben die erforderliche Sachkunde und Erfahrung, hat er den Bauherrn zu veranlassen, geeignete Fachbauleiter zu bestellen. Diese treten insoweit an die Stelle des Bauleiters. Der Bauleiter bleibt für das ordnungsgemäße Ineinandergreifen seiner Tätigkeiten mit denen der Fachbauleiter verantwortlich.

30. Der Bauleiter oder/und Fachbauleiter für Brandschutz“ hat der Baurechtsbehörde zur Schlussabnahme bzw. zu den erforderlichen Teilabnahmen die entsprechenden Überwachungsberichte über Baubegehungen vorzulegen und schriftlich zu bestätigen, dass die brandschutztechnischen Vorgaben bei der Errichtung des Bauvorhabens eingehalten wurden (Konformitätserklärung).

Alle Nachweise zu der im Bauvorhaben vorgesehenen brandschutztechnischen Infrastruktur sowie diesbezügliche Einrichtungen sind zu sammeln und der Baurechtsbehörde vorzulegen und auf Verlangen zu übergeben. Entsprechende Prüfungen und Abnahmen von technischen Einrichtungen durch Sachverständige sind ebenfalls vom Bauleiter/Fachbauleiter für Brandschutz zu veranlassen.

Die Abnahmebescheinigungen sind geordnet der Baurechtsbehörde vorzulegen und auf Verlangen zu übergeben.

31. Hinweise zu den Prüfungen und Abnahmeprotokollen:
Prüfbescheinigungen der Sachkundigen dürfen nicht als Pauschalaussagen abgefasst sein. Aus den Bescheinigungen muss hervorgehen, an welcher Stelle welche Tür bzw. Tor, mit welcher Zulassung eingebaut wurde; dies gilt sinngemäß auch für Brandabschottungsmaßnahmen im Bereich von qualifizierten Wänden und Decken sowie für prüfpflichtige Anlagen und Einrichtungen.

Flucht- und Rettungswege

- 32. Rettungswege und Ausgänge müssen gut begehbar und verkehrssicher sein (§§ 28 + 16 LBO) und sind entsprechend zu unterhalten. Sie dürfen nicht durch Gegenstände verstellt oder eingengt werden. Türen müssen in Fluchtrichtung aufschlagen und während der Betriebszeit unverschlossen sein.
- 33. Von jeder Stelle eines Aufenthaltsraumes des Gebäudes muss mind. ein Ausgang in einen notwendigen Treppenraum oder ins Freie in höchstens 35 m Entfernung erreichbar sein (§ 28 a Abs. 2 LBO). Diese Entfernung entspricht der tatsächlichen Lauflänge und darf nicht in Luftlinie gemessen werden.
- 34. Türen im Verlauf von Flucht- und Rettungswegen müssen während den Betriebszeiten unverschlossen sein oder mit einem Panikverschluss nach DIN 18250 bzw. Blindzylinder ausgestattet sein.

Verkehrssicherheit

- 35. Begehbare Flächen und Treppen, die an mehr als 1,0 m tiefer liegende Flächen angrenzen, müssen zum Schutz gegen Abstürzen umwehrt sein (§ 16 Abs. 4 LBO).
- 36. Umwehrungen wie Geländer, Brüstungen und andere Umwehrungen müssen mindestens 0,90 m hoch sein. Die Höhe der Umwehrung darf auf 0,80 m verringert werden, wenn die Tiefe der Umwehrung mindestens 0,20 m beträgt. Bei Fensterbrüstungen wird die Höhe von Oberkante Fußboden bis Unterkante Fensteröffnung gemessen (§ 16 Abs. 6 LBO). Arbeitsschutzrechtliche Bedingungen und Vorgaben sind gesondert zu beachten und einzuhalten.
- 37. Der Abstand zwischen notwendigen Umwehrungen im Sinne des § 16 Abs. 4 LBO und den zu sichernden Flächen darf waagerecht gemessen nicht mehr als 6 cm betragen (§ 16 Abs. 7 LBO).
- 38. Bei einer Treppe mit einer Folge von mehr als 5 Stufen muss mindestens auf einer Seite ein Handlauf angebracht werden (§ 28 Abs. 5 Nr. 3 LBO).

V. HINWEIS EXTERNER STELLEN UND BEHÖRDEN

- 39. Landratsamt Rottweil – Umweltschutzamt - Sachgebiet Altlasten (Anlage 9)

Baulast-Übernahmeerklärung (§ 71 LBO)

Baulastübernehmer: Die Große Kreisstadt Schramberg,
vertreten durch
Herrn Ortsvorsteher
Manfred Moosmann, Hauptstr. 23, 78144 Schramberg

Belastetes Grundstück: ist Eigentümerin der Grundstücke
Flst.- Nr. 388, Schiltachstr. 2 und 4, Schramberg-Tennenbronn und
Flst.- Nr. 498, Gersbach, Schramberg-Tennenbronn.

Berechtigtes Grundstück: ---

Wortlaut der Baulast: Sie geht gegenüber der Baurechtsbehörde die Verpflichtung ein,
die Grundstücke
Flst.- Nr. 388, Schiltachstr. 2 und 4, Schramberg-Tennenbronn und
Flst.- Nr. 498, Gersbach, Schramberg-Tennenbronn
dauernd baurechtlich zu vereinigen (Vereinigungsbaulast).

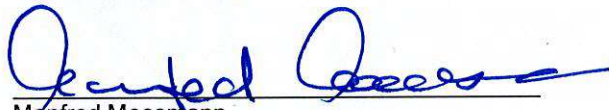
(vgl. Übersichtslageplan vom 20.10.2025 des Vermessungsbüros Dold)

Es ist bekannt, dass die Baulast auch gegenüber den Rechtsnachfolgern wirksam ist.

Ort, Datum

Tennenbronn, 19.01.2026

Unterschrift(en) des /der
Baulastübernehmer(s)


Manfred Moosmann

I. Zur Beurkundung

Schramberg, den 22.05.2026


Haag



II. Dem Fachbereich Recht und Sicherheit vorgelegt. Die Angaben über die Eigentümerverhältnisse werden bestätigt.

Fachbereich Recht und Sicherheit
- Baurechtsbehörde-

Schramberg, den _____

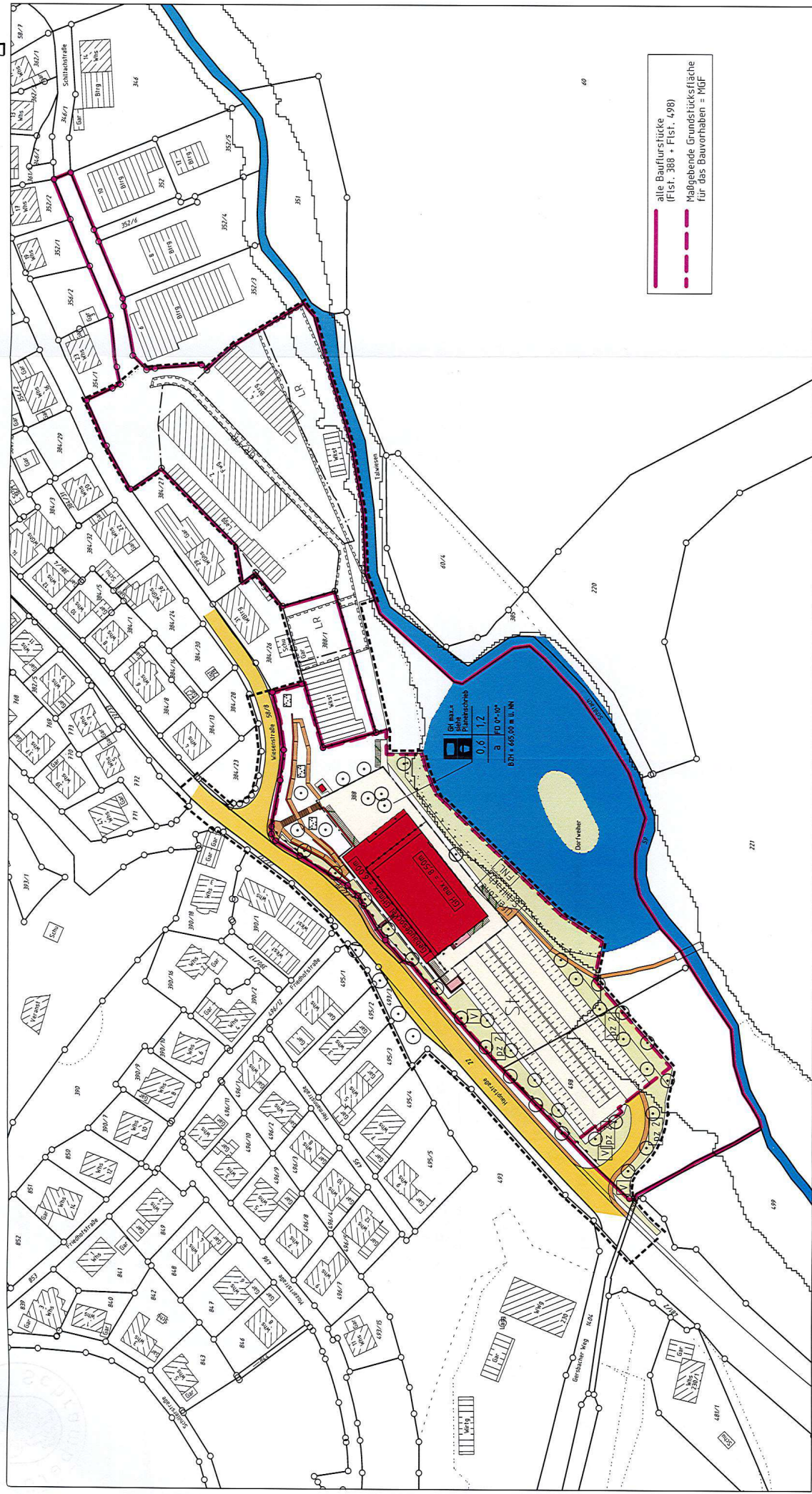
(Dienststelle und Unterschrift)

Verteiler: 1. Baurechtsbehörde
2. Eigentümer des belasteten Grundstücks
3. Eigentümer des berechtigten Grundstücks
4. Gemeinde, wenn nicht Baurechtsbehörde
5. Baulastenbuchführer/in

ÜBERSICHTSPLAN

Ergänzung zum Lageplan nach §4 LBOVVO

Landkreis Rottweil
Stadt Schramberg
Gemarkung Tennebronn



Darstellung entspricht dem Liegenschaftskataster,
Abweichungen gegenüber dem Grundbuch möglich.
Keine Gewähr für unterirdische Leitungen.

Datenquelle: LGL, www.lgl-bw.de

Maßstab 1:1500
0 5 10 20 50 m

Bauvorhaben:

Stadt Schramberg
FB Umwelt und Technik

Dipl.-Ing. (FH)
Oliver Dold
Sachverständiger nach
§ 5 Abs. 2 LBOVVO B-W
Am Vogtsbach 17
78713 Schramberg
www.vbdold.de
Ingenieur für
Vermessung BDB

gefertigt, Schramberg 18. 06. 2025
geändert, Schramberg 20. 10. 2025
O. Dold
INGENIEURBÜRO FÜR
VERMESSUNGSTECHNIK
UND BAULEITPLANUNG
VERMESSUNGSBÜRO DOLD
Dipl.-Ing. (FH) Oliver Dold 78713 SCHRAMBERG
Am Vogtsbach 17 Tel. 07422-7286 Fax 07422-7611



Stellungnahme des Gesundheitsamtes zum

Antragsverzeichnis-Nummer: BGV-0060-2025

Bauherr: Große Kreisstadt Schramberg, Herrn Bent Liebrich, Berneckstraße 9, 78713 Schramberg

Bauvorhaben: Neubau Sport- und Festhalle

Flst.-Nrn.: 388 und 498, Am Dorfweiher, Schramberg-Tennenbronn

1. Sanitär-Anlagen Sporthalle / Festhalle :

- 1.1. Gemeinschafts-WC's müssen mit einer hygienischen Händewascheinrichtung, bestehend aus Waschbecken, Seifenspende und hygienisch einwandfreier Vorrichtung zum Trocknen der Hände (Textilhandtuchautomat oder Einmalhandtücher) ausgestattet sein.
- 1.2. Die Toilettenräume müssen gut gekennzeichnet sein.
- 1.3. Die Wände sind bis zu einer angemessenen Höhe mit einem glatten, abwaschbaren Belag oder Anstrich (vorzugsweise Fliesen) zu versehen. Die Fußböden müssen rutschfest, wasserundurchlässig und leicht zu reinigen sein.
- 1.4. In Anlagen die auch von Rollstuhlbenutzern genutzt werden müssen für diese Personen geeignete sanitäre Anlagen in ausreichender Zahl vorhanden sein.
- 1.5. Wascheinrichtungen müssen nach Geschlechtern getrennt und in ausreichender Zahl vorhanden sein. Die Richtlinie VDI 6000 gibt Hinweise, wie die Sanitärräume beschaffen sein sollen. Dabei ist ein besonderer Punkt, dass Empfehlungen gegeben werden die die mindestens erforderliche und maximal notwendige Anzahl der Sanitärobjekte in Abhängigkeit der Gebäudetypen und nach Art der Veranstaltung.

2. Putz- / Lagerraum

- 2.1. Aus hygienischer Sicht sollte ein separater Putz- / Lagerraum zur Verfügung stehen. Im Putz und Lagerraum sollte eine hygienische Händewascheinrichtung und ein Schmutzwasserausgussbecken vorgehalten werden.
- 2.2. Reinigungsutensilien dürfen nicht zu einer Keimverschleppung führen.

3. Trinkwasser-Installation (TRWI)

- 3.1. Die Anforderungen der Trinkwasserverordnung sind einzuhalten, d.h. die Trinkwasser-Installation ist **mindestens** nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (a.a.R.d.T.) zu planen, zu bauen und zu betreiben.
- 3.2. Bei einer Verbindung zwischen Alt- und Neubestand müssen dringend die a.a.R.d.T. eingehalten werden.
- 3.3. Bezüglich der Trinkwasser-Installationsanlage verweisen wir insbesondere auf das DVGW-Arbeitsblatt W 551 / 553, worin Maßnahmen zur Verminderung einer Infektion mit Legionellen enthalten sind, siehe VDI 6023, die DIN 1988, die DIN EN 806-2 und die DIN EN 1717.
- 3.4. Die Planung ist von fachkundigen Personen auszuführen. Als fachkundig gilt, wer auf Grund seiner fachlichen Ausbildung, seiner Kenntnisse und Erfahrungen sowie seiner Kenntnisse der einschlägigen Bestimmungen (z. B. VDI 6023, W 551, W553, Trinkwasserverordnung) die ihm übertragenen Arbeiten beurteilen und mögliche Gefahren erkennen kann.
- 3.5. Ein Verantwortlicher des Bauherrn ist bereits in die Planung und Ausführung der Trinkwasser-Installation einzubeziehen.

Ergebnis einer Planung ist das mit dem Bauherrn abgestimmte und detaillierte Raumbuch einschließlich Nutzungsbeschreibung und ein vollständiges Konzept der Trinkwasser-Installation (siehe auch EN 1717) unter besonderer Berücksichtigung der Bedarfsermittlung. Ebenso ist der bestimmungsgemäße Betrieb zu definieren. Wir empfehlen nachdrücklich Bestandspläne für die Trinkwasser-Installation zu erstellen.

4 Sonstiges

- 4.1. Auf die DIN 18024-1 Barrierefreies Bauen, Planungsgrundlagen Straßen, Plätze, Wege und die DIN 18024-2 Barrierefreies Bauen Teil 2; Öffentlich zugänglich gebaute Gebäude und Arbeitsstätten wird hingewiesen.
- 4.2. Auf die DIN 18032-1:2014-11 Sporthallen- Hallen und Räume für Sport und Mehrzwecknutzung- wird hingewiesen
- 4.3. DIN 18041 Hörsamkeit in Räumen

Auflagen, Bedingungen und Hinweise

1. Sämtliche Betriebsbereiche in denen mit Lebensmitteln umgegangen wird:

1.1 Fußboden:

Wasserundurchlässig, fugendicht und leicht zu reinigen.

1.2 Wände:

Wände müssen in einem einwandfreien Zustand sein, müssen leicht zu reinigen und erforderlichenfalls zu desinfizieren sein. Sie müssen wasserundurchlässig, Wasser abstoßend und abriebfest sein und aus nicht toxischem Material bestehen sowie bis zu einer den jeweiligen Arbeitsvorgängen angemessenen Höhe glatte Flächen aufweisen.

1.3 Decke:

Glatt und leicht zu reinigen.

1.4 Ausstattung:

Es müssen in ausreichender Zahl Spüleinrichtungen vorhanden sein, sowie leicht erreichbare **separate Handwaschbecken**. Diese sind mit Kalt- und Warmwasser, letztere mit Flüssigseifenspender und Einmalhandtüchern auszustatten.

Bei Einrichtungsgegenständen und Arbeitsgeräten muss die Oberfläche, die mit Lebensmitteln in Berührung kommt, aus glatten, abwaschbaren und zu desinfizierenden Materialien bestehen.

Für die Aufbewahrung von Reinigungsgeräten als auch für die Unterbringung von Kleidung, Schürzen, Kitteln usw. sind separate Räume bzw. Schränke nachzuweisen.

Fenster und Öffnungen, die ins Freie geöffnet werden können, müssen mit zu Reinigungszwecken leicht entfernbaren Insektengittern ausgestattet sein.

2. Nebenräume/Lager:

2.1 Personaltoiletten müssen mit Handwaschbecken, Flüssigseifenspender und Handtrocknungseinrichtung ausgestattet sein. Am Handwaschbecken muss eine Warm- und Kaltwasserzufuhr vorhanden sein.

2.2 Die Lagerräume für Lebensmittel müssen von außen belüftbar sein. Die Wände und Fußböden sind erforderlichenfalls wie oben beschrieben auszustatten.

Die Kühlagerung von Fleisch und Fleischerzeugnissen, Obst und Gemüse sowie Getränken muss gesondert erfolgen.

Auflagen, Bedingungen und Hinweise

Bodenschutz

1. Auf Grund der Größe des Bauvorhabens **ist dem Umweltschutzamt ein Baustelleneinrichtungsplan vorzulegen**, der insbesondere etwaige Boden- und Gerätela-gerflächen sowie Schutzmaßnahmen von nicht zu überbauenden Freiflächen dar-stellt.
2. Bei Erdarbeiten jeglicher Art und der Umlagerung von Bodenmaterial sind die Vor-gaben der DIN 19639, 19731 und 18915 zu beachten.
3. Bodenarbeiten sind grundsätzlich nur bei trockenem, bis schwach feuchtem Boden und bei entsprechender Witterung durchzuführen.
4. Bei Baumaßnahmen ist darauf zu achten, dass nur so viel Oberboden abgetragen wird, wie für die Erschließung des Baufeldes unbedingt notwendig ist.
5. Ein erforderlicher Bodenabtrag bzw. -aushub ist schonend und unter sorgsamer Trennung von Oberboden und Unterboden durchzuführen. Bei Grünland ist vor dem Oberbodenabtrag die Vegetation bzw. Grasnarbe zu entfernen.
6. Abgetragenes bzw. ausgehobenes Bodenmaterial ist in Bodenmieten zu lagern. Es sind gesonderte Mieten für Ober- und Unterboden anzulegen. Die Mieten sind ver-dichtungsfrei und erosionsgeschützt anzulegen. Die Höhe der Mieten darf 2 m für Oberboden und 4 m für Unterboden nicht überschreiten.
7. Unnötiges Befahren oder Zerstören von Oberboden auf verbleibenden und angren-zenden Freiflächen ist nicht zulässig.
8. Ein Überschuss an Ober- bzw. Unterboden ist an anderer Stelle im Sinne einer Ver-besserung natürlicher Bodenfunktionen oder Bewirtschaftungserleichterung wieder-zuverwenden. (Grünanlagen, Rekultivierung etc.). Geplante Bodenauftragungen sind mit der unteren Natur- und Bodenschutzbehörde abzustimmen.
9. Anfallender Bauschutt ist ordnungsgemäß zu entsorgen. Eine Nutzung als An- bzw. Auffüllmaterial (Mulden, Baugrube, Arbeitsgraben usw.) ist nicht gestattet. Eine Durchmischung mit zu verwertendem Bodenmaterial ist zu verhindern

Lagerung und Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

10. Der Umgang mit bzw. das Lagern von wassergefährdenden Stoffen ist nicht zulässig.
11. Sofern (in Zukunft,) entgegen dem vorliegenden Antrag auf Baugenehmigung ein Ein-satz/Umschlagen/Lagern von wassergefährdenden Stoffen mit einem Volumen von

größer als 0,22 m³ oder Mengen von mehr als 0,2 t vorgesehen ist, gelten die Regelungen der AwSV.

12. Es wären dann entsprechende Planungsunterlagen vorzulegen, aus denen Art, Menge und Wassergefährdungsklasse der gelagerten und eingesetzten Stoffe sowie der Verwendungszweck der eingesetzten Stoffe hervorgeht. Umschlagflächen sind zu deklarieren und der Umschlagsvorgang ist zu beschreiben.
13. Da mit dem Einsatz wassergefährdender Stoffe oberhalb der o.g. Volumen- oder Mengengrenzung u.a. auch Anforderungen an die Lagerung und die Dichtigkeit des Untergrunds verbunden sind, ist eine Änderung/Neubearbeitung der Genehmigung erforderlich.

Grundwasserschutz

14. Vorkommnisse, von denen ausgehend eine Beeinträchtigung der Grundwasserbeschaffenheit zu besorgen ist, sind unverzüglich der zuständigen Wasserbehörde, Landratsamt Rottweil, Umweltschutzamt, zu melden.
15. Im Übrigen gelten die allgemeinen Sorgfaltspflichten.
16. Weitere Auflagen und Bedingungen bleiben vorbehalten.

Von: Behindertenbeauftragter <Behindertenbeauftragter@Landkreis-Rottweil.de>
Gesendet: Montag, 2. Februar 2026 16:55
An: baurecht@schramberg.de
Betreff: Stellungnahme zu Bauvorhaben BGV-0060-2025 Neubau Sport- und Mehrzweckhalle Tennenbronn, Stadt Schramberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o.g. Bauvorhaben gebe ich folgende Stellungnahme ab:

Neubau Sport- und Mehrzweckhalle Tennenbronn

Außenbereich:

- 1.) Die Sport- und Mehrzweckhalle in Tennenbronn wird laut Baubeschreibung von der örtlichen Bevölkerung in hohem Maße fußläufig, bei größeren Veranstaltungen mit PKW und auch mit dem ÖPNV erreicht.
Eine gute barrierefreie Anbindung sowohl von der Straße und den Bushaltestellen, wie von den Parkplatzflächen aus, muss gewährleistet sein.
Bushaltestellen sind beidseitig der Hauptstraße vorhanden, allerdings nicht barrierefrei. Ein Umbau für die barrierefrei Nutzung ist mit Abschluß der Baumaßnahme zeitnah vorzunehmen. Die Beurteilung der Zugänge vom Straßenraum aus ist allerdings außerhalb des konkreten Baugenehmigungsverfahrens.
Vom Gehweg der Hauptstraße aus ist ein Treppenabgang, sowie eine Rampe für mobilitätseingeschränkte Personen geplant. Die Topografie ist herausfordernd, da zwischen Straße und Vorplatz der Halle eine Höhe von knapp 8 Meter überwunden werden muss.
- 2.) Für sehbehinderte Menschen wird der Tiefbord des Treppen/Rampenzugangs auf der dem Feuerwehrhaus zugewandten Seite mit einer Höhe von mind. 3 cm über dem Pflasterbelag gesetzt. Die Treppenanlage ist beiderseitig mit Handlauf versehen. Die jeweils obersten und untersten Stufen der drei Treppenblöcke sind mit kontrastierenden Sichtstreifen auf der Vorderkante der Trittfläche 4 – 5 cm und Oberkante der Setzstufe 1-2 cm vorzusehen. Der Leuchtdichtekontrast gegenüber der Treppenstufe selbst und auch dem Podestbelag ist mit mind. 0,5 zu beachten.
- 3.) Die Rampe für mobilitätseingeschränkte Personen ist mit einer Längsneigung von max. 6% und 3 % (Ruheflächen) und einer Breite von mind. 1,50 m normgerecht ausgeführt.
Auf der gesamten Länge sind entgegen der Norm keinerlei Ausweichplätze angelegt. In Absprache mit dem Planungsbüro für die Freiflächen werden folgende Flächen als Ausweichplätze anerkannt bzw. geschaffen:
 - die erste Kehre im Verlauf der Rampe (von oben gesehen),
 - direkt im Anschluss nach der Querung der Treppenanlage wird hangseitig die Rampe auf einer Länge von mind. 1,80 m um 30 cm verbreitert,
 - die zweite Kehre wird durch das Verschieben der Gabionenwand in Richtung Feuerwehrgerätehaus eine Verbreiterung auf 1,80 m auf einer Länge von mind. 1,80 m erreicht.Die Rampe ist beidseitig mit einem Handlauf und einem Radabweiser ausgestattet. Der Radabweiser ist 10 cm über dem Pflasterbelag anzubringen.

- 4.) Zwischen Eingang Halle und der Treppenanlage bzw. der Rampe zur Straße gibt es für sehbeeinträchtigte Personen keine Führung. Mit dem Planungsbüro wurde festgelegt, dass in der Achse des Haupteingangs quer über den Vorplatz bis zum Schnittpunkt der Achse der Treppenanlage und weiter bis zur Treppe/Rampe taktile Rillenplatten verlegt werden. Vor dem Haupteingang und am Schnittpunkt der beiden Achsen ist ein Aufmerksamkeitsfeld mit einer Größe von mind. 90 x 90 cm anzulegen. Vor der Treppe muss das Aufmerksamkeitsfeld eine Tiefe von 90 cm haben und in Richtung Rampe so breit sein, dass es problemlos vom Ende des Handlaufes der Rampe aus ertastet werden kann (von der Achse Treppe ca. 1,50 m Richtung Rampe).
- 5.) Nach Auskunft des Planungsbüros werden die Freiflächen (außer Stellplätze) mit dem Pflaster Redotto RC der Fa. Beton Braun gestaltet. Es ist darauf zu achten, dass die Pflasterflächen nur eine minimale Phase und Oberflächenrauigkeit haben, um z.B. für Rollstuhlfahrer geringe Beeinträchtigungen durch Erschütterungen zu gewährleisten.
- 6.) Die Anzahl der Behindertenstellplätze wurde korrekt nach den Vorschriften ermittelt. Die Stellplätze sind ausreichend groß und werden einschl. der dazu gehörenden Fahrwegabschnitte im Gegensatz zu den weiteren Stellplätzen mittels Pflaster befestigt. Zum Thema Pflaster gilt dasselbe wie o.g. zu den anderen Freiflächen.
- 7.) Der nördlichste Behindertenstellplatz eignet sich besonders für Besuche des Probenraums (ggf. auch andere Nutzungen denkbar). An (Proben-) Besuchen können auch seheingeschränkte Personen teilnehmen. Deshalb ist die Anbindung dieses Stellplatzes mittels taktile Rillenplatten direkt an den Zugang des Probenraumes einschl. der notwendigen Aufmerksamkeitsfelder 90 x 90 cm am Anfang und Ende vorzunehmen.
Alternativ kann dieser Personenkreis fußläufig über die taktile Anbindung von der Straße zum Haupteingang und von dort entlang der Gebäudekante bis zu diesem Nebeneingang Zugang finden.

Innenbereich:

- 8.) Die vorgelegten Veranstaltungspläne mit Ausweisung von Behindertenplätzen sind grundsätzlich gut geeignet. Bei den Bestuhlungsplänen Jahreskonzert (Variante 1 und 2) empfehle ich den Behindertenplatz rechts vorne im vorderen rechten Block (vor der Bühne) auf rechts vorne im linken vorderen Block (links des Mittelgangs zu verlegen, da dann ein kurzer Weg zur Fluchttüre links in der Fensterfront möglich ist. Die Fluchttüre vorne rechts (neben der Bühne) in Richtung Bühnenrampe ist wegen einer Treppe für Rollstuhlfahrer nicht geeignet. Dieser Platz hat sonst nur noch den langen Fluchtweg nach hinten durch die ganze Halle und das Foyer.
Der Zugang von Halle zum Proberaum ist rollstuhlgerecht. Die Teilnahme einer mobilitätseingeschränkten Person am Probenbetrieb o.ä. ist grundsätzlich immer möglich, da ein barrierefreier Zugang von außen vorhanden ist.
Für eine gehbehinderte Person ist allerdings keine vollständige Teilnahme am Vereinsleben möglich, da der Zugang zur Bühne nicht barrierefrei ist.
- 9.) Eine barrierefreie Toilette ist in der Halle vorhanden. Erfreulicherweise ist diese mit Dusche und Klappliege ausgestattet.
Ein Zugang ist während des Probenbetriebes wie auch während einer Veranstaltung in der Halle möglich.
Die Detailplanung des Planungsbüros weist schon viele korrekte Maße aus.
Ergänzungen hierzu: Türgriffhöhe 85 cm, Höhe Lichtschalter Innenraum 85 cm, Rückenstütze 55 cm hinter WC-Vorderkante, WC-Spülungsauslösung nicht mit Drucktaster an der Rückwand, sondern

z.B. an der seitlichen Klappgriffe (muss im Sitzen bedienbar sein), der Toilettenpapierhalter muss ebenfalls im Sitzen erreichbar sein (z.B. an einem der seitlichen Klappgriffe), Notrufleine muss mindestens am WC und an der Dusche (hier bodenlang) greifbar sein, der Behälter für Papierhandtücher am Waschbecken auf ca. UK 90 - 95 cm. Es wird empfohlen, aus hygienischen Gründen eine Papierrolle zum Abdecken der Liegefläche der Klappliege zu installieren.

- 10.) Die Eingangstüren von außen in das Foyer und in den Probenraum sind ohne Schwellen oder, falls nicht vermeidbar mit einer Höhe von max. 2 cm einzubauen. Die verschiedenen Zugangstüren innerhalb des Gebäudes sind ohne Schwelle (v.a. Veranstaltungsraum und Behinderten-WC).
- 11.) Die Farbgebung der Türen (Türblätter und Laibung) ist gem. DIN 32975 kontrastreich zu gestalten. Der Leuchtdichtekontrast soll mind. 0,4 betragen. Ein Farbkontrast ersetzt nicht einen Leuchtdichtekontrast. Dadurch können die Türen besser aufgefunden werden. Glastüren sind mit Sicherheitsmarkierung (Ornamente o.ä.) in Augenhöhe (120 – 160 cm) und in Kniehöhe (40 – 70 cm) auszustatten.
- 12.) Die Fußbodenbeläge sind visuell ebenfalls kontrastierend zu den Wänden für eine verbesserte Sichtbarkeit von Raumkanten auszugestalten. Die Beläge selbst sind rutschhemmend zu wählen.
- 13.) Innerhalb der Sport- und Mehrzweckhalle gibt es gesetzlich notwendige Informationen und Aushänge (z.B. Fluchtwegeplan, Jugendschutzgesetz etc.). Diese Art an Informationen sollen nicht höher als 1,40 m (Mittelachse oberstes DIN-4 Blatt) angebracht werden.

Ich wünsche der Stadt Schramberg viel Erfolg bei der Umsetzung des Bauvorhabens!

Mit freundlichen Grüßen

Behindertenbeauftragter
Landratsamt Rottweil

Marienstr. 2
78628 Rottweil

Tel. +49741244250
Fax. +497412446250

Behindertenbeauftragter@Landkreis-Rottweil.de

Achtung geänderte Postadresse: Marienstr. 2

www.landkreis-rottweil.de

Landratsamt Rottweil | Marienstraße 2 | 78628 Rottweil

Wir suchen Fachkräfte:

<https://www.landkreis-rottweil.de/Stellenangebote>

Für einen persönlichen Termin im Landratsamt bitten wir Sie, vorher den Zeitpunkt mit uns abzustimmen - mit Ausnahme der Kfz-Zulassungsstelle. Hier benötigen Sie keine vorherige Terminvereinbarung. Vielen Dank.



Um dem Landratsamt Rottweil sicher und verschlüsselt Informationen senden zu können, ist eine gesicherte elektronische Kommunikationsform nötig.

Weitere Informationen dazu erhalten Sie auf unserer Homepage: <https://www.landkreis-rottweil.de/de/kontakt/gesicherteKommunikation>

06.02.2026

Bau-, Naturschutz- und Gewerbeaufsichtsamt
- Gewerbeaufsicht -

Az.: 22/ B26004/222.05/St

Nebenbestimmungen

Baustelle

1. Bei der Ausführung des Vorhabens sind die Baustellenverordnung und die allgemeinen Grundsätze (Maßnahmen des Arbeitsschutzes) nach § 4 des Arbeitsschutzgesetzes zu beachten.

Absturzkante Flachdach

2. Für die von den Flachdächern aus vorzunehmenden Arbeiten (z. B. Reinigen oder Wechseln von Filterelementen an Lüftungstechnischen Anlagen, Pflegearbeiten auf begrünten Dachflächen, Instandhaltung oder Reinigung von Rauch- und Wärmeabzugsanlagen, Photovoltaik- und Solarthermieranlagen, Dachoberlichtern oder Kälteanlagen) und die dafür erforderlichen Arbeitsplätze sowie Verkehrswege sind an den Absturzkanten - auch an nicht durchsturzsicheren Oberlichtern - durch Absturzsicherungen (z. B. Umwehrungen) Maßnahmen zum Schutz vor Absturz zu treffen.

Lassen sich aus betriebstechnischen Gründen (z. B. Arbeitsverfahren, zwingende technische Gründe) Absturzsicherungen nicht verwenden, müssen an deren Stelle Auffangeinrichtungen vorhanden sein. Lassen sich keine Absturzsicherungen oder Auffangeinrichtungen einrichten, sind Persönliche Schutzausrüstungen (PSAgA) als individuelle Schutzmaßnahme zu verwenden. Die geeignete PSAgA muss sich aus der Gefährdungsbeurteilung ergeben. Voraussetzung für die Verwendung von PSAgA ist das Vorhandensein geeigneter Anschlagseinrichtungen.

Lärmimmission

3. Der Immissionsbeitrag (Zusatzbelastung), hervorgerufen durch die Lärmemission durch die Sport- u. Festhalle Tennenbronn, darf an den maßgeblichen Immissionsorten die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm nicht überschreiten.

Hinweise

Fußböden

1. In den Duschen und den Umkleidekabinen ist ein rutschhemmender Fußbodenbelag (z. B. Fliesen mit griffiger Oberfläche, Estrich mit Zusatzstoffen oder Gitterroste) zu verwenden, der mindestens den Anforderungen der Bewertungsgruppe R 10 nach Anhang 2 der Technischen Regeln für Arbeitsstätten ASR A1.5 /1,2 "Fußböden" entspricht.

Auflagen, Bedingungen und Hinweise

Für die, als Kompensation erforderlich, Brandwarnanlage nach DIN VDE 0826 sind zusätzlich ein Feuerwehrbedienfeld, sowie ein Feuerwehranzeigetableau zu installieren. Hierzu sind zudem Feuerwehrlaufkarten analog zur DIN 14675 sowie ein Feuerwehrplan nach DIN 14095 zu erstellen und mit der Brandschutzdienststelle im Vorfeld abzustimmen.

Die Positionierung der Feuerwehrperipherie hat ebenfalls im Vorfeld mit der Brandschutzdienststelle in Abstimmung mit der örtlichen Feuerwehr zu erfolgen.

Sollen Sperrvorrichtungen im Zufahrtsbereich der Feuerwehr vorgesehen werden sind diese so auszugestalten, dass diese mit einfachen Mitteln der Feuerwehr (z.B. Feuerwehr-Dreikant) geöffnet werden können (Schließzylinder zum Entfernen von Sperrvorrichtungen vor dem Bereich eines Schlüsseldepots sind in diesem Zuge unzulässig)

In den Trennwänden der Küchen, sollen nach vorliegender Planung Brandschutzvorhänge vorgesehen werden. Die Qualität der Vorhänge ist nicht weiter definiert, so dass diese analog der Trennwandqualität raumabschließend feuerhemmend herzustellen sind. Hier wird jedoch aus Erfahrung von einer entsprechenden Sinnhaftigkeit im Betrieb nicht ausgegangen. Die Bereiche dienen der Ausgabe von Speisen und Getränken und sind somit im Brandfall nicht frei. Ein schließen der Vorhänge wird somit behindert und die Funktion nicht gegeben.

Stellungnahme der EGT Energie GmbH zu folgendem Bauvorhaben:

Bearbeitungsnummer EGT: 203420
Ihre Antragsnummer: BGV-0060-2025

Bauherr/in: Große Kreisstadt Schramberg, Herrn Bent Liebrich

Baugrundstück: Straße Berneckstraße 9
Ort 78713 Schramberg
Gemarkung Am Dorfweiher
Flurstück-Nr. 78144 Schramberg
Tennenbronn
388, 498

Vorhaben: Neubau Sport- und Festhalle

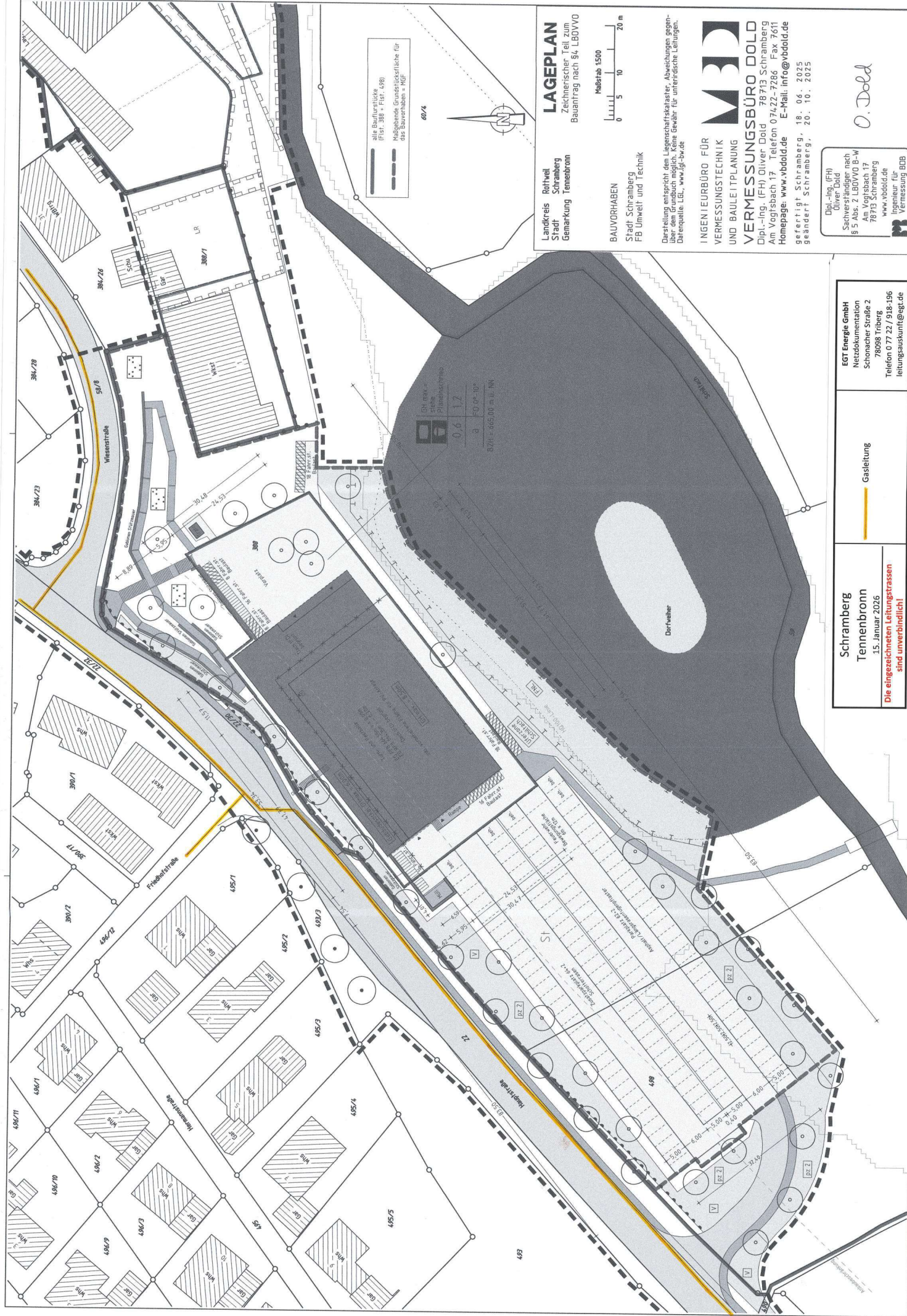
Stellungnahme: Zu dem genannten Bauvorhaben bestehen von unserer Seite keine Einwände.

Die Lage der markierten Leitungen ist nur informativ. Die genaue maßliche Festlegung kann nur dem Kabelplan/Gasplan entnommen werden, den das jeweilige Bauunternehmen oder der Bauherr bei der Leitungsauskunft der EGT (Telefon 07722/918-196) erhält.

Ein Anschluss an die Gasversorgung ist jederzeit möglich.

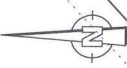
Ansprechpartner: Bei Fragen steht Ihnen Karin Weißer, Telefon: 07722/918-196 gerne zur Verfügung.

Triberg, den 15. Januar 2026

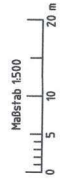


alte Baufurttücke
(Flst. 388 + Flst. 498)
Mögliche Grundstückslinie für
das Bauverfahren = MGF

60/4



LAGEPLAN
Zeichnerischer Teil zum
Baubestrag nach 94 LBOVVO



Maßstab 1:500

BAUVORHABEN
Stadt Schramberg
FB Umwelt und Technik

Darstellung entspricht dem Liegenschaftskarakter. Abweichungen gegen-
über dem Grundbuch möglich. Keine Gewähr für unterirdische Leitungen.
Baugenieur: LdL, www.lgd-ldl.de

**INGENIEURBÜRO FÜR
VERMESSUNGSTECHNIK
UND BAULEITPLANUNG**
VERMESSUNGSBÜRO DOLD
Dipl.-Ing. (FH) Oliver Dold 78713 Schramberg
Am Vogelsbach 17 Telefon 07422-7286 Fax 7611
Homepage: www.vbdold.de E-Mail: info@vbdold.de
gegründet Schramberg, 18. 06. 2025
geändert Schramberg, 20. 10. 2025

Dipl.-Ing. (FH)
Oliver Dold
Sachverständiger nach
§ 5 Abs. 2 LBOVVO B-W
Am Vogelsbach 17
78713 Schramberg
www.vbdold.de
Baugenieur für
Vermessung BDB

Schramberg
Tennenbronn
15. Januar 2026
**Die eingezeichneten Leitungsstrassen
sind unverbindlich!**

EGT Energie GmbH
Netzdokumentation
Schonacher Straße 2
78098 Tübingen
Telefon 0 71 22 / 918-196
leitungsaukunft@egt.de

Gasleitung

GH max.
Stelle
Planungsfläche
0,6 1,2
3 FO 22-102
BZfl = 665,00 m² u. NN

Dorfweiher

49

Stadtwerke Schramberg GmbH & Co. KG • Postfach 581 • 78707 Schramberg

Große Kreisstadt Schramberg
Fachbereich Recht und Sicherheit
Berneckstr. 9
78713 Schramberg

www.stadtwerke-schramberg.de

02.02.2026

Baugenehmigungsverfahren

Bauantrag: Neubau Sport- u. Festhalle
Flst. 388 u. 498, Am Dorfweiher 1, Schramberg-Tennenbronn
Bauherr: Große Kreisstadt Schramberg, Herrn Bent Liebrich
Berneckstr. 9
78713 Schramberg
Bautagebuch-Nr.: BGV-0060-2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Bereich der geplanten Sport- und Festhalle verläuft ein Niederspannungskabel der Stadtwerke Schramberg. Vor Baubeginn soll dieses Kabel getrennt werden.

Außerdem verläuft entlang der nordöstlichen Seite der Halle eine Wasserversorgungsleitung DN 150 PE. Diese Leitung muss bei den Ausgrabungsarbeiten beachtet werden.

Vor Baubeginn soll sich der Bauherr mit Herrn Reske von den Stadtwerken Schramberg in Verbindung setzen. Tel. 07422-9534370

Wir bitten Sie, dies in die Baugenehmigung mit aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Stadtwerke Schramberg GmbH & Co. KG
i. A.

Von: Kares, Frank <Frank.Kares@Landkreis-Rottweil.de>
Gesendet: Mittwoch, 18. März 2026 08:58
An:
Cc: baurecht@schramberg.de; Karrais, Adrian
Betreff: WG: Altlastenauskunft BGV-0060-2025
Anlagen: 03.12.2025 - 01-02_LP_zeichnerischer Teil_2025_10_20
_Tennenbronn_Hauptstraße_Flst_388_rc88r2habpan.pdf; Abfragen LRA RW
Umweltschutzamt (Altlasten).pdf

Guten Morgen ,

entsprechend dem Stand der letzten flächendeckenden Nacherhebung aus dem Jahr 2019 werden die Grundstücke in der Hauptstraße mit den Flurstück-Nrn. 388/1 und 388 in Tennenbronn im Altlastenkataster in einem Teilbereich unter dem Flächennamen „Verfüllung GE Schiltachstraße“ mit der Altlastverdachtsflächen Nr. 01297-000 geführt. Auf der Grundlage einer Historischen Untersuchung mit dem Beweinsniveau 1 wird der Wirkungspfad „Boden-Grundwasser“ mit dem Handlungsbedarf B und dem Kriterium „Entsorgungsrelevanz“ bewertet. Auf der Fläche wurde von 1968 bis 1975 Erdaushub, Bauschutt und Holz eines ehemaligen Holzlagers abgelagert. Es gibt Anhaltspunkte auf schädliche Bodenveränderungen.

Die Fläche des Flurstückes 388 auf der die Turn- und Festhalle gebaut werden soll und das Flurstück 498 sind nicht von der Altablagerung betroffen (siehe Screenshot).



Screenshot Altlastenkataster Altablagerung „Verfüllung GE Schiltachstraße“

Bei Aushubmaßnahmen im Bereich der Altablagerung ist mit belasteten Bodenkubatoren zu rechnen, die ordnungsgemäß zu entsorgen sind. Entsprechende Untersuchungen sind durchzuführen. Die Entsorgung von verunreinigtem Material darf nur in Absprache mit dem Landratsamt Rottweil erfolgen. Evtl. anfallende Entsorgungsnachweise sind dem Umweltschutzamt nachzureichen.

Bitte beachten: Unsere Auskunft stellt keine Bescheinigung über den derzeitigen Zustand des Grundstückes dar. Sie gibt lediglich den Inhalt des Bodenschutz- und Altlastenkatasters wieder. Sofern Sie weitergehende

Kenntnisse bei relevanter Vornutzung benötigen, müssen entsprechende Erkundungen durch einen Altlasten-Sachverständigen über Sie veranlasst und bezahlt werden. In diesem Fall möchten wir Sie bitten, die Untersuchungen in Abstimmung mit dem Umweltschutzamt im Landratsamt Rottweil auszuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Landratsamt Rottweil
Umweltschutzamt
Steig 27
78628 Rottweil